



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 3./4./11. September 2019

In der September-Session werden traditionsgemäss die [Steuerungsgrössen des kantonalen Finanzausgleiches](#) für das kommende Jahr festgelegt – und traditionsgemäss gibt es hier grosse Diskussionen, wie diese Steuerungsgrössen fixiert werden sollen. Je nach politischer und vor allem regionaler Herkunft des Parlamentariers weichen die Voten und Vorstellungen entsprechend ab. Insbesondere die sogenannten Zentrumslasten, d.h. jene Entschädigung, welche die Städte für ihre Zentrumsfunktion erhalten sollen, geben regelmässig viel zu diskutieren. Gemäss dem aktuellen Verteiler erhält die Stadt Solothurn 56.5% (von insgesamt 1 Mio. Franken), während Grenchen nur 5.5% erhält. Hier scheiden sich die Geister, ob diese Aufteilung fair ist. Je nach Sichtweise kommt man zu anderen Schlussfolgerungen. Schliesslich entschied sich die Mehrheit des Rates (inkl. mir) für den Status quo, solange keine neuen Daten vorliegen, welche eine Anpassung rechtfertigen würden. Geändert (konkret: gesenkt) wurde dagegen die Abschöpfungsquote, d.h. jene Quote, welche festlegt, wieviel Geld die «reichen» Gemeinden von ihrem jährlichen Steuerertrag zu Gunsten der «ärmeren» Gemeinden abgeben müssen.

Einstimmig beschlossen wurde eine Gesetzesänderung im Steuergesetz, welche als Grundlage dient, damit ab dem nächsten Jahr die [Steuererklärungen](#) neu online erfasst werden können. Gleichzeitig wurden Anpassungen aufgrund von zwingendem Bundesrecht übernommen (Änderungen im Geldspiel- und im Energiegesetz). Hier hatte ich das Fraktionsvotum.

Die grössten Diskussionen gab es beim Thema [«Staatsanwaltschaft»](#): Der Regierungsrat hat beantragt, dass die Stellenprozentage für die Staatsanwälte um 550% erhöht werden sollen. Dies, weil der Pendenzenberg bei der Staatsanwaltschaft so gross ist, dass man teilweise gegen 30 Monate in Verzug ist – einem Rechtsstaat nicht würdig. Die SVP und die FDP wollten allerdings aufgrund der Kosten dennoch nichts von einer Stellenerhöhung wissen. Nach über 75minütiger Diskussion wurde dann schlussendlich ein Antrag mit leicht reduzierten Stellenprozentagen (450%) angenommen.

Zu diskutieren gab auch die [Abschaffung der sogenannten «schwarzen Liste»](#), worauf Personen aufgeführt sind, welche ihre Krankenkassenprämien nicht (mehr) bezahlen können oder wollen. Dass dies mehrheitlich gewünscht wurde (wegen des fehlenden Wirkungsgrades), war an sich aufgrund einer früheren Diskussion bereits klar. Spannend wurde es aber dennoch: Die Frage war nämlich noch offen, ob die 2/3-Mehrheit erreicht wird, die es brauchte, damit es zu keiner obligatorischen Volksabstimmung kommt. Mit 62:31 Stimmen wurden diese 2/3 auf den Punkt genau erreicht. Meine Stimme hat somit auch mitgeholfen, dass mehrere tausend Franken Abstimmungskosten verhindert werden konnten.

Ein Auftrag, der verlangte, dass auf [Gemeindeebene eine Volksinitiative](#) möglich sein soll, wurde (inkl. meiner Stimme) klar abgelehnt (mit 62:25). Die Mehrheit war der Überzeugung, dass mit der Gemeindeversammlung und den Instrumenten «Motion» und «Postulat» bereits ein grosses und direktes Mitbestimmungsrecht besteht.

### In Kürze

Besprochen wurde u.a. eine Interpellation zum Thema [«Transparenz in den Gemeinden»](#) und zum Thema [«selbstorganisiertes Lernen»](#) an der Volksschule.

Die nächste Session findet am 5./6./12./13. November 2019 statt – ein Tag mehr als üblich. Die neue Steuervorlage wird dann das Thema sein.

*André Wyss*

### Persönlich

Eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema [«Versicherungsschutz für Behördenmitglieder»](#). Gewählte Behördenmitglieder haben teils verschiedene kleinere Einkommen aus unterschiedlichen Quellen. So kann es gut sein, dass all diese Einkommen die Eintrittsschwelle für eine Pensionskassenunterstellung für sich nicht erreichen; folglich sind diese Einkommen für die Behörden nicht versichert, was zu einer Unterversicherung führen könnte. Der Vorstoss ist auf meiner Webseite online.

**Vorschau Wahlen vom 20. Oktober:** Schon bald werden die Wahlcouverts verteilt. Die EVP tritt mit einer Liste an (Nr. 27). Besten Dank für die Unterstützung, damit die politische Mitte und somit die lösungsorientierte Politik gestärkt wird!